



## Pressespiegel zur Asylpolitik vom 12. September 2017

Erstellt von Mark Gärtner  
gaertner@sprev.de

### Geschehenes – Kurzmeldungen:

#### *Blick nach Europa und die Welt*

- Vor Kreta wurden insgesamt 170 Menschen in der vergangenen Woche gerettet. Die griechische Küstenwache vermutet, dass sie in Ägypten gestartet sein könnten. Währenddessen hat sich die Zahl der in Spanien ankommenden Fliehenden im Vergleich zum Vorjahreszeitraum Januar bis August mehr als verdoppelt. Insgesamt hätten 14.000 Menschen in diesem Jahr in Spanien erreicht.  
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-09/mittelmeer-kreta-fluechtlinge-gerettet> (07.09.17)  
<https://www.welt.de/politik/ausland/article168540829/In-Spanien-kommen-immer-mehr-Fluechtlinge-an.html> (12.09.17)
- Die Regierung Myanmars will erstmals Hilfen für die muslimischen Geflüchteten der Rohingya ausschütten. Dies sieht so aus, dass drei Lager errichtet werden sollen. Die UNO spricht von ethnischer Säuberung. 300.000 Rohingya sind bereits nach Bangladesch geflohen nachdem es zu Auseinandersetzungen zwischen der myanmarischen Armee und Rohingya-Kämpfer\*innen gab. Inzwischen geraten auch Muslim\*innen anderer Volksgruppen in den Fokus der Verfolgung.  
<http://www.mdr.de/nachrichten/politik/ausland/myanmar-will-erstmal-rohingya-helfen-100.html> (09.09.17)  
<http://www.mdr.de/nachrichten/politik/ausland/uno-rohingya-myanmar-ethnische-saeuberung-100.html> (11.09.17)
- Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Raad al Hussein, teilt den, wie er sagt, Ekel vor der Zusammenarbeit der EU mit der libyschen Küstenwache. Der Staatenbund sei „geblendet vom alleinigen Ziel [...] Menschen von Europa fernzuhalten“. Er stellt sich hinter den offenen [Brief](#) der Präsidentin von „Ärzte ohne Grenzen“, Joanne Liu und hinter die Bemühungen der Nichtregierungsorganisationen, die Menschenleben im Mittelmeer retten. Die EU ignoriere, so al Hussein, die Toten „an den Stränden, in den Wäldern, in der Wüste“, die Leichenhäuser seien überfüllt, Angehörige vergeblich auf Lebenszeichen ihrer geflohenen Familienmitglieder warten. Die libysche Küstenwache verübe zudem Morde an den Geflüchteten. Diesen Machtmissbrauch spiele die EU herunter.  
<http://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlinge-un-hochkommissar-prangert-europas-zusammenarbeit-mit-libyen-an/20304028.html> (08.09.17)

- Dazu: *SPON* liegen interne Dokumente der Bundesregierung vor, die belegen, dass sie sich für die Abschiebung auch von besonders Schutzbedürftigen von Libyen nach Niger einsetze anstatt sie in die EU einreisen zu lassen. Unter anderen zählen unbegleitete Minderjährige zu den besonders Schutzbedürftigen. Damit geht die Bundesregierung über die bisherigen Pläne hinaus, die sich bisher auf das Stoppen von Menschen „beschränkten“. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-will-fluechtlinge-von-libyen-nach-niger-ausfliegen-a-1166196.html> (06.09.17)
- Der Oberste Gerichtshof des australischen Bundesstaats Victoria hat die australische Regierung angewiesen, 70 Millionen australische Dollar (ca. 47 Millionen Euro) an fast 1400 Geflüchtete zu überweisen, die in gemeinsam gegen die Unterbringung auf den Inseln Manus und Nauru geklagt hatten. Im Oktober soll das Lager auf Manus geschlossen werden nachdem der Oberste Gerichtshof von Papua-Neuguinea, auf dessen Territorium sich die Insel befindet, die Unterbringung nicht mit der Verfassung vereinbar hielt. <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/australien-muss-fluechtlinge-entschaedigen-15185801.html> (06.09.17)
- Der Europäische Gerichtshof hat die Klagen Slowakeis und Ungarns gegen die Verteilung von Geflüchteten auf EU-Mitgliedsstaaten abgewiesen. Vertragsverletzungsverfahren wurden bereits gegen Ungarn, Polen und Tschechien eröffneten, weil sie sich weigern, Geflüchtete aufzunehmen. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban lehnt das Urteil ab, will aber legale Mittel finden um entscheiden zu können, wer nach Ungarn komme. Das Asylrecht wäre allerdings ein durchaus legales Mittel. <http://www.dw.com/de/ungarn-weist-fl%C3%BCchtlings-urteil-des-eu-gerichts-zur%C3%BCck/a-40378884> (06.09.17)

#### *Bund, Land, Kommune*

- Heute sollen 15 Menschen nach Afghanistan abgeschoben werden, der Abflughafen ist Düsseldorf. Entgegen der Verlautbarungen von Bundesinnenminister Thomas de Maizière – es werden nur Straftäter\*innen abgeschoben (Welche Straftaten verwirken eigentlich Menschenrechte?) - berichtet der Bayerische Flüchtlingsrat, dass in München versucht wurde, einen Menschen afghanischer Staatsbürgerschaft festzunehmen, der nicht straffällig ist. Ende Juli hatte die Bundesregierung die Sicherheitslage „neu bewertet“, blieb aber im Wesentlichen bei ihrer Lageeinschätzung. Der nächste, umfassende Lagebericht wird im Oktober erwartet. <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-09/asy|politik-fluechtlinge-sammelabschiebungen-afghanistan> (07.09.17)
- Der „Rat für Migration“, ein Zusammenschluss von 150 Wissenschaftler\*innen, konstatiert der deutschen Gesellschaft einen „irrationalen Gefährdungsdiskurs“. Rechtspopulistische Positionen werden immer wieder von sogenannten Parteien der politischen Mitte übernommen. In Bezug auf innere Sicherheit, die Stabilität von Sozialsystemen und „kultureller Identität“ sei Migration dann immer gefährlich, Menschen die sich für Geflüchtete und Integration einsetzen würden als „gesinnungsethische Gutmenschen“ diffamiert, gern von der CSU. Integrationshemmnisse seien zudem vorprogrammiert, wenn Menschen ständig befristete Aufenthaltstitel bekommen. <http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-migrationsforscher-beklagen-populismus-in-der-politischen-mitte-1.3658477> (08.09.17)
- Wahlkampf: Der scheidende Bundesinnenminister Thomas de Maizière spricht sich für eine Angleichung der Leistungen für Menschen im Asylverfahren aus. Weil in Deutschland die Leistungen vergleichsweise hoch sind, sollen sie auf EU-Ebene gesenkt werden, so die Logik. Dass wahrscheinlich die gesamte Sozialpolitik auf EU-Ebene transferiert werden

müsse, wenn ein solcher Vorschlag irgendwann einmal umgesetzt wird, diskutiert er nicht. Außerdem möchte er die Asylverfahren vereinheitlichen, auch hier soll das Niveau sinken. Klagen sollen zum Beispiel erschwert werden. Dabei scheint er, so die Kritik von Grünen und Linken, über den Umweg der EU offenbar das Grundgesetz umgehen. Martin Schulz von der SPD begrüßte die Forderung de Maizières nach einheitlichen Asylverfahren und warnte davor, rechte Parolen „nachzuplappern“.

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/vorstoss-von-de-maiziere-streit-ueber-leistungen-fuer-asylbewerber/20304196.html> (09.09.17)

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-09/fluechtlinge-asylverfahren-martin-schulz-thomas-de-maiziere-vorschlag-angleichung> (09.09.17)

- Weiterhin aus dem Wahlkampf: die Union spricht über „variable Obergrenzen“ beim Familiennachzug, die CSU geht noch einen Schritt weiter und will Geflüchtete in UN-betriebenen Schutzzentren zusammenführen, heißt also, die Familienmitglieder, die bereits in Deutschland sind, auch dorthin abzuschicken. Horst Seehofer will den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte weiter aussetzen.  
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-09/fluechtlinge-familiennachzug-cdu-csu> (10.09.17)  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-horst-seehofer-gegen-familiennachzug-bei-subsidiaerem-schutz-a-1166304.html> (06.09.17)
- Und nochmal: die FDP will ein Einwanderungsgesetz und Abschiebungen.  
<http://www.mdr.de/sachsen/dresden/christian-lindner-will-aktien-der-post-und-telekom-verkaufen-100.html> (11.09.17)
- Das Bundessozialgericht hat geurteilt, dass EU-Bürger\*innen, die sich in Deutschland aufhalten, Anspruch auf die Auszahlung des Existenzminimums haben. Bisher galt, dass EU-Bürger\*innen kein Arbeitslosengeld II erhalten dürfen.  
[http://www.migazin.de/2017/08/31/eu-auslaender-jobsuche-anspruch-sozialhilfe/?utm\\_source=wysija&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=MIGAZIN+Newsletter](http://www.migazin.de/2017/08/31/eu-auslaender-jobsuche-anspruch-sozialhilfe/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MIGAZIN+Newsletter) (31.08.17)
- Ein Weseler SPD-Mann meint, 95 % der hier Ankommenden fliehen allein aus ökonomischen Gründen heraus. Warum auch immer – aber der SFR durfte beim widerlegen helfen.  
<http://www.rp-online.de/nrw/staedte/wesel/95-prozent-wirtschaftsfluechtlinge-experten-widerlegen-hovest-spd-aid-1.7062412> (06.09.17)
- Der Chef des sächsischen Verfassungsschutzes, Gordian Meyer-Plath, attestiert Sachsen ein Problem mit Rechtsradikalismus. Es gebe mehr Übergriffe, mehr Mitglieder in Organisationen, mehr Musik und Konzerte als im Bundesdurchschnitt.  
<http://www.mdr.de/sachsen/dresden/rechtsextremismus-sachsen-100.html> (08.09.17)
- Bautzens Oberbürgermeister Alexander Ahrens hat den stellvertretenden Landrat Udo Witschas scharf kritisiert. Witschas' Treffen sowie die Facebookkonversation mit dem Nazi hätten nicht stattfinden dürfen. SPD, Grüne und Linke hatten im Kreistag einen Abwahlenantrag gestellt, der aber keine Mehrheit finden dürfte. Witschas wurde die Zuständigkeit für die Ausländerbehörde entzogen. Zudem hat sich Witschas selber für ein Disziplinarverfahren angezeigt. Ein wenig komisch verhält sich Stanislaw Tillich: der fordert Aufklärung obwohl eigentlich alles klar ist.  
<http://www.tagesspiegel.de/politik/rechtsextremismus-in-sachsen-buergermeister-von-bautzen-ruengt-gespraech-von-cdu-politiker-mit-der-npd/20295880.html> (07.09.17)

## Hintergrund und Meinung

- Eindrücklich beschreibt Sebastian Muy die Auswirkungen, die die Aussetzung des Familiennachzugs auf Geflüchtete mit subsidiärer Schutzberechtigung hat und zeigt auf,

dass es erhebliche Zweifel daran gibt, ob diese rechtmäßig ist. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestags wie das Deutsche Institut für Menschenrechte machten zum Beispiel die UN-Kinderrechtskonvention geltend, das Kindeswohl sei nicht ausreichend berücksichtigt. Die Ausrede der Bundesregierung, dass eine Härtefallregelung geschaffen worden sei, greife nicht. Sie sei nur in Einzelfällen und immer restriktiv angewandt worden. Das Signal, das nun erneut mit der geplanten Verlängerung der Aussetzung ausgesendet wird: „ihr“, die Geflüchteten, habt hier keine Zukunft. Das sei fatal.

<http://www.migazin.de/2017/09/06/familiennachzug-menschenfeindliche-abschreckungspolitik/>  
(06.09.17)

- „Irgendwo im Nirgendwo“ in Estland, an der Grenze zu Russland, steht das „Vao Center“, eine Geflüchtetenunterkunft. 40 Menschen leben dort.  
[http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlinge-in-estland-irgendwo-im-nirgendwo.1773.de.html?dram:article\\_id=395381](http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlinge-in-estland-irgendwo-im-nirgendwo.1773.de.html?dram:article_id=395381) (08.09.17)
- In Hanau wollen Leute von vor Abschiebung bedrohte Menschen mittels Bürger\*innenasyl schützen. Ihrer Ansicht lebe die „Willkommenskultur“ weiter fort, nur arbeiteten viele im Stillen um zum Beispiel Menschen den Zugang zu dringend nötiger, gesundheitlicher Versorgung zu ermöglichen. Die bisherigen Regelungen seien diskriminierend. Geflüchtete werden aus der regulären Versorgung ausgeschlossen und können nur in Notfällen behandelt werden. Weiterhin mangle es an Therapieangeboten für oftmals traumatisierte Menschen.  
<http://www.fr.de/rhein-main/alle-gemeinden/main-kinzig-kreis/hanau-fuer-solidaritaet-mit-fluechtlingen-a-1346555,0#artpater-1346555-0> (07.09.17)
- Im Interview mit der FAZ kritisiert die Künstlerin M.I.A., dass weiße Menschen über das Schicksal Geflüchteter reden und entscheiden. Von den Geflüchteten werde dann erwartet, dies hinzunehmen und ja keinen Hass zu hegen.  
<http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/m-i-a-im-interview-fluechtlinge-haben-nicht-den-luxus-hassen-zu-koennen-15186405.html> (09.09.17)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.  
Dammweg 5  
01097 Dresden  
E-Mail: [info@saechsischerfluechtlingsrat.de](mailto:info@saechsischerfluechtlingsrat.de)

Refugee Law Clinic Leipzig  
Burgstraße 27  
04109 Leipzig  
Email: [refugeelawclinic@uni-leipzig.de](mailto:refugeelawclinic@uni-leipzig.de)

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

**PRO ASYL**  
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.



**UNO-Flüchtlingshilfe**